

DIE LINKE zu Gast beim DGB:

Viel Übereinstimmung bei Meinungs austausch zu aktuellen Themen Bliesener und Maurer unterstreichen parteipolitische Unabhängigkeit des DGB

Eine Reihe von Gemeinsamkeiten gab es bei einem Treffen zwischen der Partei DIE LINKE und der DGB-Spitze im Stuttgarter Gewerkschaftshaus. Uli Maurer und Rainer Bliesener erklärten nach dem Meinungs austausch, es gebe viel Übereinstimmung in der Beurteilung aktueller politischer Themen. Einigkeit bestand aber auch darin, dass der DGB parteipolitisch unabhängig seine Positionen vertreten müsse.

Gegenstand des Gesprächs waren u.a. die Finanzkrise, die Rentenpolitik, die Gesundheitsreform und das geplante baden-württembergische Versammlungsgesetz.

Bliesener und Maurer stimmten darin überein, dass die Finanzkrise ein Debakel für die Deregulierer und Marktfanatiker sei. Sie hätten Schiffbruch erlitten.

Jetzt müsse ein neuer Ordnungsrahmen geschaffen werden, der die Ursachen der Krise beseitige. Beide Seiten befürchten, dass die Krise noch längst nicht überwunden ist. Deshalb müsse mit gezielten Konjunkturprogrammen einem Übergreifen auf die Realwirtschaft entgegengesteuert werden.

Die Krise sei auch eine Chance, zu einer gerechteren Verteilungspolitik und einer Stärkung des Solidargedankens zu kommen. Dazu gehöre auch eine stärkere Besteuerung großer Vermögen. Die solidarische Rentenversicherung habe sich gegenüber allen kapitalgedeckten Formen als krisensicherste Form der Altersvorsorge gezeigt. Beide Seiten unterstrichen, dass sie die Rente mit 67 für einen großen politischen Fehler halten, der korrigiert werden müsse. Bliesener forderte weiter, den Riester-Faktor auf Dauer auszusetzen und die Rente inflationsfest zu machen.

Auch in der Gesundheitspolitik bestand weitgehende Übereinstimmung. Das Gesundheitswesen müsse wieder solidarisch finanziert werden. Der Gesundheitsfonds sei der falsche Weg. Es drohten wegen seiner Unterfinanzierung ab 2010 weitere Belastungen der Versicherten durch Zusatzbeiträge oder Leistungskürzungen.

Der Entwurf für ein baden-württembergisches Versammlungsgesetz wurde von beiden Seiten als verfassungswidrig abgelehnt.

DGB-Pressestelle
Jürgen Klose